

Streitkulturen - Medienethische Perspektiven auf gesellschaftliche Diskurse

Von Christian Gürtler, Johanna Haberer, Christian Schicha und Thomas Zeilinger

Call for Papers zur Jahrestagung der DGPuK Fachgruppe „Kommunikations- und Medienethik“ vom 18. bis 19. Februar 2021 in Erlangen

Es wird im digitalen Zeitalter immer einfacher, Informationen zu verbreiten und zu nutzen. Debatten- und Öffentlichkeitsräume erweitern sich. Mediendiskurse sind im Wandel begriffen und unterliegen permanenten Veränderungen, die auch aus einer medienethischen Perspektive höchst relevant sind. Es gilt zu prüfen, inwiefern derartige Diskurse den normativen Anforderungen eines respektvollen Miteinanders genügen, an welchen Stellen Überschreitungen und Grenzverletzungen der „guten Sitten“ zu beobachten sind, welche Akteure sich auf welchen Medienforen in welcher Weise öffentlich artikulieren und welche Folgen dies aus einer medienethischen Perspektive haben kann. Grundsätzlich herrscht in vielen Fällen ein Spannungsfeld zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und den damit ggf. eingehenden negativen Konsequenzen für die Betroffenen vor, zumal vielfach auch mit Klischees, Vorurteilen, Stereotypen und unzulässigen Verallgemeinerungen im Rahmen von Diskursen gearbeitet wird. So liegen aktuelle Fälle vor, in denen Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Journalistinnen und Journalisten sowie Künstlerinnen und Künstler persönlich angegriffen und bedroht worden sind. Reden, Vorträge, Tagungen und Ausstellungen mussten aufgrund des öffentlichen Drucks abgesagt oder verschoben werden und konnten z.T. nur unter Polizeischutz durchgeführt werden.

Ein auf Verständigung und begründeter Argumentation basierender Diskurs, bei dem es keinen Zwang, „außer dem Zwang des besseren Argumentes“ (Jürgen Habermas) gibt, wird durch Provokationen, Polemik und Populismus ersetzt. Hier liegen Mechanismen der politischen Auseinandersetzung vor, die über einen hohen Nachrichtenwert verfügen und entsprechende mediale Anschlussdiskurse generieren (können).

Zentral ist zudem, dass sich das Spektrum der Diskursteilnehmerinnen und Diskursvermittlerinnen erweitert hat. Journalistinnen und Journalisten haben ihre dominierende Rolle beim Agenda-Setting verloren. Im Internet erreichen Parteien und politische Interessensgruppen über eigene Kanäle die Öffentlichkeit, ohne auf traditionelle journalistische Medien angewiesen zu sein. Es bilden sich zunehmend homogene Interessen, Weltbilder und Einstellungen heraus, die meinungskonsonante Nachrichten präferieren und weiterverbreiten. In zahlreichen Foren werden primär die eigenen Meinungen, Haltungen und Positionen weiterverbreitet.

Polarisierende Diskurse, die auch Desinformationen verbreiten, können die Folge sein.

Journalistisch ungeschulte Bürgerinnen und Bürger agieren als „Prosumer“ von Medieninhalten und beteiligen sich an öffentlichen Diskursen ebenso wie Satirikerinnen und Satiriker, die die Grenzen zwischen Kunstfreiheit und Schmähkritik ausloten.

Populismus, Provokation, Polemik und Tabubruch prägen neben Beschimpfungen auch öffentliche Debatten. Es stellt sich die Frage wie eine vernünftige, verständigungsorientierte, ernsthafte, respektvolle, tolerante und demokratische Kommunikation unter veränderten digitalen Bedingungen aus einer normativen Perspektive bewerkstelligt werden sollte, um Konflikte konstruktiv zu bewältigen.

Die sich entwickelnden Kulturen der Digitalität haben in den vergangenen Jahren die gesellschaftliche Streitkultur – insbesondere in der digitalen Kommunikation - vor grundsätzliche neue Herausforderungen gestellt:

- Suchmaschinen strukturieren zunehmend die vorhandenen Wissensbestände.
- Soziale Netzwerke liefern neben der Option zur Selbstdarstellung die Möglichkeit des Austausches mit anderen sowie der unmittelbaren politischen Mobilisierung.
- Algorithmisch geformte Filterblasen führen zu einseitigen Diskussionsforen und unterstützen die Segmentierung von gesellschaftlichen Milieus und politischen Denkhorizonten.
- Neben den Chancen auf einen demokratischen Freiheitsgewinn sind Phänomene wie Trolling, Shitstorms, strategische Manipulation und Hassbotschaften zu beobachten, durch die die Kultur einer demokratischen Meinungsbildung unterlaufen wird.

Polarisierungen, Diffamierungen, Anfeindungen, Verleumdungen und Entgleisungen von Minderheiten prägen zusätzlich den öffentlichen Diskurs. Auch Politikerinnen und Politiker nutzen die eigenen Social-Media-Accounts, um politische Gegner zu diskreditieren. Die von Habermas formulierten Geltungsansprüche auf Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit scheinen an Relevanz zu verlieren. Gut begründete und vernünftige wissenschaftliche Erkenntnisse werden in Frage gestellt. Kirchen, Medien und Politiker, die Orientierung geboten haben, werden von Vielen nicht mehr als Autoritäten akzeptiert.

Diese Entwicklung führt zu einer „gesellschaftlichen Gereiztheit“ (Bernhard Pörksen), die die Auseinandersetzung mit rationalen Argumenten erschwert oder gar verunmöglicht. Tugenden wie Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Sachlichkeit, Vernunft, Empathie, Selbstkritik und sachbezogene Argumentation müssen durch interdisziplinäre Aushandlungsprozesse neu zur Geltung gebracht werden. Diese hybriden Prozesse können wissenschaftlich nur durch multiperspektivische Annäherung erfasst werden. Aktuell wird der Verlust der Diskussionskultur in weiten Teilen der öffentlichen Debatte beklagt. Verschiedene Initiativen versuchen daher neue Kommunikationsmodelle zu eröffnen:

- DIE ZEIT versucht in Ihrem neuen Ressort „Streit“ eine neue Diskussionskultur zu inszenieren.

- Die Berliner Initiative „Anstand Digital“ versucht von kirchlicher Seite einen anderen Umgang im Netz in die Öffentlichkeit zu tragen.
- Die Datenethikkommission bringt Vorschläge für eine Vielfaltsforderung in der Informationspolitik der Intermediären.
- Universitäre Initiativen wie das bayerische Kompetenznetz Medien – Ethik – Bildung (mekompetenznetz.de) schaffen in diversen Kursen wie „Ethik der digitalen Kommunikation“ Weiterbildungsmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten sowie für Publizistinnen und Publizisten.
- Das „Forum für Streitkultur“ untersucht u.a. die Argumentationsstrategien von Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten. Es analysiert das Phänomen von Hass im digitalen Raum und entwickelt Regeln für eine konstruktive Debatte.
- Das Projekt „Streitkultur 3.0: Lernräume und –medien für jungen Menschen zur Auseinandersetzung mit Hass und Gewalt im Netz“ sensibilisiert Jugendliche u.a. im Umgang mit Diskriminierung. Mittels einer Lern-App werden ihre Medien- und Informationskompetenzen gestärkt und Handlungskompetenzen zu entwickeln, um demokratische Werte und Gewaltfreiheit zu ermöglichen.

Die Tagung möchte die Herausforderungen, die auch mit der Digitalisierung der Kommunikation für die gesellschaftliche Streitkultur einhergehen in einen breiten wissenschaftlichen Horizont stellen:

- Das betrifft einerseits die Frage inwieweit die für den Meinungsbildungsprozess bestimmenden professionell publizistischen Institutionen sich transformieren müssen, um auch künftig eine vielfältige und konstruktive demokratische Meinungsbildung zu garantieren.
- Damit verbunden ist die Frage nach einer journalistischen Alphabetisierung der Bürgerinnen und Bürger, da diese u.a. durch den Gebrauch von „Social Media“ am öffentlichen Diskurs partizipieren. Für diese Zivilisierung der Kommunikation gilt es neue Autorschaftsprinzipien anhand bestehender professioneller Richtlinien zu generieren.
- Phänomene wie beispielsweise die Vorsortierung von Kommentarspalten durch linguistische deep-learning-Algorithmen werfen Fragen auf, inwieweit Algorithmen als moralische Akteure auftreten können und ob die Verantwortung für die Delegation von Medieninhalten von multinationalen Konzernen übernommen werden kann.
- Es bedarf der Ausarbeitung neuer Gesetze sowohl für die Distribution von publizistischen Inhalten als auch für die Transparenz von Kommunikationsplattformen (Kenntlichmachung Social Bots, Verfolgung von Hass und Diskriminierung, Vererbung von Social-Media-Accounts).
- Die Sicherstellung demokratischer Diskurse im Netz bedarf rechtspolitischer, kommunikationswissenschaftlicher, medienwissenschaftlicher, medienpädagogischer, technologischer und philosophischer Herangehensweisen.

Von daher erbitten wir Beiträge zu folgenden Bereichen:

- Einordnung von abstrakten normativen Leitlinien und Begriffen, die für eine diskursive Verständigung plädieren.
- Darlegung etablierter medienethischer Modelle/Instrumentarien demokratischer Streitkultur und deren kritische Revision unter den oben geschilderten aktuellen Bedingungen.
- Aufzeigen neuer technologischer Möglichkeiten für die Etablierung demokratischer Streitkultur im Netz in medienethischer Perspektive.
- Ermöglichung (Zivil-)gesellschaftlicher Initiativen zur Förderung demokratischer Streitkultur unter den Bedingungen globalisierter digitaler Kommunikation.
- Medienethische Reflexion sprachlicher Strategien, die u.a. mit kalkulierten Schlag- und Reizwörtern, Kampfvokabeln sowie Polemiken und Provokationen agieren.
- Reflexion von Modellen und Initiativen, die dazu beitragen können, eine tolerante und respektvolle Streitkultur im Rahmen offener Diskurse mit dem Ziel einer argumentativen Verständigung innerhalb der Gesellschaft zu bewerkstelligen.
- (Diskurs)Analysen gelingender oder misslingender Streitkulturen

Einreichungsmodalitäten

Einreichungsfristen

Am **30. Juli 2020, 24:00 Uhr** endet die Frist zur Einreichung von Abstracts für Einzelbeiträge und Panels. Bis **30. Oktober 2020** werden alle Einreichenden über die Annahme oder Ablehnung ihrer Einreichungen informiert.

Mögliche Einreichungsformate und Anforderungen

Insgesamt werden alle Einreichungen in einem gemeinsamen Verfahren begutachtet. Eingereicht werden können ausschließlich anonymisierte Beiträge, die zum Zeitpunkt der Einreichung und in der vorgesehenen Form

1. noch nicht in schriftlicher Form veröffentlicht wurden und
2. noch nicht bei einer deutschsprachigen wissenschaftlichen Tagung als Vortrag eingereicht, akzeptiert oder präsentiert wurden, deren Publikum sich mit dem der DGPUK-Jahrestagung maßgeblich überschneidet (insbesondere DGPUK-Fachgruppentagungen).

Dass (1) und (2) zutreffen, ist auf dem Deckblatt der Einreichung ausdrücklich zu erklären. Für empirische Beiträge ist außerdem zu beachten, dass diese bereits eine Dokumentation von Ergebnissen und eine darauf basierende Diskussion im Abstract enthalten. Empirische Einreichungen, die lediglich eine Vorausschau auf erwartete, aber noch nicht vorliegende Befunde enthalten, werden nicht in den Begutachtungsprozess einbezogen.

- *Einzelbeiträge.* Einreichungen für Einzelbeiträge dürfen einen Umfang von 10.000 Zeichen, inklusive Leerzeichen, aber exklusive Literatur, Tabellen und Abbildungen nicht überschreiten. Die parallele Einreichung einzelner Beiträge aus einem Panelvorschlag als Einzelbeitrag ist nicht zulässig.
- *Panels.* Paneleinreichungen umfassen mindestens drei und höchstens fünf Einzelbeiträge. Die einzelnen Vorträge müssen inhaltlich aufeinander bezogen sein. Die Vortragenden müssen von mindestens zwei verschiedenen Institutionen stammen, wobei diese Anforderung auch durch Moderatorinnen und Moderatoren bzw. Respondentinnen und Respondenten erfüllt werden kann. Die Moderation eines Panels können Vortragende des Panels übernehmen, eine Response dagegen nicht. Weder Moderation noch Response zählen als Einzelbeitrag.
Paneleinreichungen müssen enthalten: Paneltitel, Beschreibung der Idee, des Themas und der inhaltlichen Struktur des Panels in 3.000 – 4.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen, exkl. Literatur, Tabellen und Abbildungen) sowie Titel und Abstract für jeden Vortrag (jeweils 2.000 – 3.000 Zeichen, inkl. Leerzeichen, exkl. Literatur, Tabellen und Abbildungen).
- *Sprache.* Einzelbeiträge und Panels können sowohl in Deutsch als auch in Englisch eingereicht werden. Vorträge sollen in der Sprache der Einreichung gehalten werden.

Kriterien der Begutachtung

Für alle Einreichungen gilt: Bitte achten Sie darauf, dass das Abstract keine Hinweise auf die Autorenschaft enthält (Anonymisierung) und dass Sie ihren Beitrag den im Conftool angegebenen Themenschwerpunkten zuordnen, um eine Zuordnung der Reviewerinnen und Reviewer zu erleichtern. Alle Einreichungen werden anonym nach den Kriterien Relevanz der Fragestellung, Neuigkeitswert/Originalität (Frage, Methode, Befunde), theoretische Fundierung, Angemessenheit der Vorgehensweise bzw. Methode (bei empirischen Einreichungen) sowie Klarheit und Prägnanz der Darstellung begutachtet.“

Kontakt

Tagungsorganisation in Erlangen

Christian Gürtler
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
FAU Erlangen-Nürnberg
PhilFak und FB Theologie
Abteilung CP mit dem MA Medien-Ethik-Religion
Kochstraße 6
91054 Erlangen
Tel.: 09131 85 23009
Mail: christian.guertler@fau.de

Prof. Johanna Haberer
FAU Erlangen-Nürnberg
PhilFak und FB Theologie
Abteilung CP mit dem MA Medien-Ethik-Religion
Kochstraße 6
91054 Erlangen
Raum: 1.023.1
Telefon: 09131/85-22202 oder 09131/85-22779
Fax: 09131/85-23010
E-Mail: johanna.haberer@online.de

Prof. Dr. Christian Schicha
Professur für Medienethik
Institut für Theater- und Medienwissenschaft
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Bismarckstr. 1
91054 Erlangen
Tel.: +49 (0)9131/85-29341
Fax.: +49 (0)9131/85-29238
Mail: christian.schicha@fau.de
Homepage: www.schicha.net

Prof. Dr. Thomas Zeilinger
Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern
Der Beauftragte für Ethik im Dialog
mit Technologie und Naturwissenschaft
Katharina-von-Bora-Straße 7-13
80333 München
Tel.: 089 / 55 95 601
Mail: thomas.zeilinger@fau.de

Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik

Erste Sprecherin

Prof. Dr. Marlis Prinzing
Hochschule Macromedia Köln
Brüderstrasse 17
50667 Köln
marlis.prinzing@das-rote-sofa.de

Zweite Sprecherin

Dr. Julia Serong
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung
Oettingenstr. 67
80538 München
julia.serong@ifkw.lmu.de